

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 2

Artikel: NW-Gespräch mit Peter Bosshard : der Schock von Seattle sitzt tief :
nach dem Weltwirtschaftsforum in Davos
Autor: Bosshard, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ner bei Internationalen Konferenzen zugelassen.

Manche NGOs fragen sich mittlerweile: Ob sie den Regierungen nicht zuviel abnehmen und gerade dadurch den Schlandrian ermöglichen? Ob die ausländischen NGOs wegen ihrer Aussenfinanzierung nicht eine Art *Sekundärökonomie* eingeführt haben und dadurch die politische Instabilität am Leben erhalten?

Dass die politische Instabilität auch den *Entwicklungsprojekten* schadet, liegt auf der Hand. Rabiater Kritiker wie *Reinold Thiel*, Redaktor der renommierten Zeitschrift *E+Z* schrieb, es gebe in Afrika «bisher kaum Erfolgsgeschichten der Entwicklungszusammenarbeit», und der bereits erwähnte Professor Ulrich Schiefer meint, die EH-Agenturen hätten den vielerorts stattfindenden *Projektkannibalismus*, der zu regelmässiger Neu- und Wiederausstattung von Entwicklungsprojekten zwingt, nicht verhindern können. Wörtlich schreibt er:

«Die Mitteltransfers von aussen haben

dazu beigetragen, eine lokale Elite heranzuziehen, deren Existenzgrundlage diese Mittel sind, und die nicht an eigenständiger Produktion, sondern an weiterem Mittelzufluss interessiert ist. Die zufließenden Mittel werden von ihr absorbiert, so dass für Entwicklung nichts übrig bleibt.»

Als wir vor rund vierzig Jahren die Entwicklungshilfe in Gang setzten, waren wir überzeugt, dass die grösste Armut bis ans Ende des Jahrhunderts überwunden sein werde. Das Gegenteil ist eingetreten: Die *Schere zwischen Arm und Reich* öffnet sich immer mehr, gerade in den letzten zehn Jahren.

Von aussen kann man wenig tun. Schnell wird es in Afrika nicht aufwärts gehen. Ein Hoffnungsschimmer ist im Moment der *Schuldenerlass* für die ärmsten Länder. Viel entschiedener als bisher, meine ich, sollten demokratische Kräfte in Afrika unterstützt, die Menschenrechte verbreitet und Kriegsverbrecher vor internationalen Gerichtshöfen angeklagt werden.

NW-Gespräch mit Peter Bosshard

Der Schock von Seattle sitzt tief Nach dem Weltwirtschaftsforum in Davos

Am 1. Februar ist das 30. Weltwirtschaftsforum in Davos zu Ende gegangen. Erstmals war eine Vertretung von Nicht-Regierungs-Organisationen eingeladen. Auf der andern Seite beteiligten diese sich aber auch an einer unbewilligten Demonstration gegen das Weltwirtschaftsforum. Ob eine solche Doppelstrategie aufgeht, wollte der Redaktor der Neuen Wege von Peter Bosshard, Mitarbeiter der Erklärung von Bern, wissen. Das folgende Gespräch dreht sich vor allem um den nachwirkenden «Schock von Seattle» und die Glaubwürdigkeitslücke einer wirtschaftlichen Globalisierung, wie sie auf dem Davoser Gipfel vornehmlich von Tony Blair, Bill Clinton und dem WTO-Direktor Mike Moor vertreten wurde. Gefragt sind Alternativen einer politischen Globalisierung, die uns aber die real existierende Politik inkl. Sozialdemokratie schuldig bleibt. Red.

**Doppelstrategie mit Druck von aussen
und Lobbyarbeit von innen**

NW: Peter Bosshard, Du bist soeben aus

Davos zurückgekehrt. Als Mitarbeiter der Erklärung von Bern (EvB) hast Du Dich am 30. Weltwirtschaftsforum (WEF) eingemischt. Was wollte die EvB von den dort

versammelten Wirtschaftsführern, die dem Vernehmen nach einen Umsatz von mehr als sechs Billionen Franken repräsentierten? Was kann eine Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) wie die EvB gegenüber einem solchen Treffen der 2000 Reichsten und Einflussreichsten ausrichten?

Peter Bosshard: Die Erklärung von Bern und ich selbst haben nicht am offiziellen WEF teilgenommen. Wir stellten eine *Plattform für NGOs* zur Verfügung, die sich mit der Politik des WEF beschäftigen und auf sie Einfluss nehmen wollen. Unser Ziel war nicht in erster Linie, das WEF zu verändern, sondern es den NGOs aus der ganzen Welt zu ermöglichen, in Davos die Politikbereiche zu beeinflussen, die ihnen am Herzen liegen: die Welthandelspolitik, internationale Finanzbeziehungen, die Rolle multinationaler Konzerne, Biotechnologien usw.

NW: Auch wenn die EvB nicht selbst am Davoser Forum teilgenommen hat, so gab es doch andere NGOs, die von der Kongressleitung offiziell eingeladen wurden. Dem Vernehmen nach hat das WEF aber selbst bestimmt, wer die NGOs vertreten darf und wer nicht. Hat sich die EvB gar nicht um die Teilnahme bemüht oder war sie allenfalls nicht genehm?

Peter Bosshard: Ich möchte zunächst unsere Haltung gegenüber dem WEF grundsätzlich definieren. Zum einen finden wir, das WEF als private Veranstaltung habe keine Berechtigung, Fragen des *öffentlichen Interesses* zu verhandeln oder gar zu entscheiden. Anders verhält es sich mit der Diskussion dieser Fragen, die auch an einem privaten Anlass möglich sein muss, ob dieses WEF uns passt oder nicht. Aber auch von einer solchen Diskussion erwarten wir eine *breitere Beteiligung*, damit die verschiedenen Stimmen gleichmässig zu Wort kommen. Das haben wir dem WEF mitgeteilt und ihm Persönlichkeiten aus den NGOs, aus sozialen Bewegungen und vor allem aus dem Süden angegeben, die wichtige Anliegen vertreten. Das WEF hat dann sechs Leute von dieser Liste eingeladen,

ohne sich nochmals mit uns zu besprechen. Es bestimmt selbst, wen es einladen will. Es lag an den Eingeladenen, die Teilnahme zu akzeptieren oder nicht. Wir haben das WEF auch kritisiert, weil die Liste der Eingeladenen noch immer sehr unausgeglichener war.

NW: Hattet Ihr Kontakt zu diesen Leuten, die am WEF ihre NGOs vertreten durften?

Peter Bosshard: Natürlich. Für die Informationen, für Kontakte und die Schaffung von neuen Bündnissen ist es wichtig, dass NGOs an solchen Veranstaltungen mit dabei sind und sich mit den übrigen NGOs austauschen. Wir bildeten ein *Netzwerk* für die wechselseitige Kommunikation.

NW: Gleichzeitig hat sich in Davos auch Widerstand formiert. Es kam zu einer ungewollten Demonstration, deren Bilder um die Welt gingen. Ich nehme an, Ihr hattet zu den Demonstrierenden auch Kontakt, Ihr wart wohl auch selbst unter ihnen. So aber stellt sich das Problem, ob Ihr nicht versucht habt, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Einerseits seid Ihr drinnen vertreten gewesen, andererseits habt Ihr draussen demonstriert. Resultierten daraus keine Konflikte?

Peter Bosshard: Es geht um eine Doppelstrategie mit öffentlichem Druck von aussen und Lobbyarbeit von innen. Das ist *kein grundsätzlicher Widerspruch*. So machen es die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern oder die Umweltorganisationen gegenüber der Bundesverwaltung. Das machen wir gegenüber der WTO, gegenüber IWF und Weltbank, aber auch gegenüber privaten Institutionen wie den Banken und der ABB. Je geschlossener eine Institution ist und je weniger sie bereit ist, ihre Politik zu verändern, umso mehr Druck von aussen braucht es. Aber gerade das Davoser Forum oder auch die WTO sind Institutionen, gegenüber denen wir nicht viel erreichen ohne äusseren Druck. Von daher war auch die *Demonstration in Davos* sinnvoll und nötig. Was wir ablehnen, ist Gewalt. Wir konnten uns auch nicht hinter die Forderung stellen, keinerlei Kontakt mit dem WEF zu unterhalten.

NW: Wurde diese Forderung nicht sogar vom prominentesten Demonstrationsteilnehmer, dem französischen Bauernführer José Bové, erhoben?

Peter Bosshard: Bové hat die persönliche Teilnahme am Forum zwar abgelehnt, er war aber nicht grundsätzlich dagegen, dass Leute aus den NGOs dort mit dabei sind. Er meinte zu uns, wo er schon da sei, würde er auch gern hineingehen und dann könnte er alle seine Freunde einladen. Das ist eine sinnvolle, kreative und subversive Art, mit diesem Forum umzugehen.

International gibt es heute überhaupt mehr Bereitschaft, verschiedene Formen der Einflussnahme auszuprobieren. Ich bedaure, dass in der Schweiz immer noch ein starkes Bedürfnis besteht, sich auf eine allein richtige ideologischen Position und einen allein richtigen strategischen Weg festzulegen. Natürlich diskutieren auch wir, gerade nach Davos, über Positionen und Strategien, aber jeden *exklusiven Anspruch auf die Wahrheit* finde ich verfehlt.

Die Globalisierung ist kein Naturgesetz

NW: Es gibt ein Projekt «Globalisierung von unten», an dem NGOs von der Umweltorganisation «Friends of the Earth» bis zur Erklärung von Bern beteiligt sind. Die Rede ist auch von einer global vernetzten «Lobby der Verlierer». Was wollen die Verlierer «von unten» globalisieren?

Peter Bosshard: Die Globalisierung folgt nicht einem Naturgesetz, sie läuft auch nicht ab wie ein Uhrwerk. Sie ist vielmehr ein *komplexer gesellschaftlicher Prozess*, auf den wir durchaus Einfluss nehmen können. Darum gibt es auch nicht eine Kategorie der Verlierer, die ein für allemal zum Verlieren verdammt wären. Die Gewinner und Verlierer werden in Konflikten immer wieder neu bestimmt. Angesichts der offensichtlichen Globalisierung vieler Entschiede ist es notwendig, dass auch wir, die wir die soziale Gerechtigkeit, die Menschenrechte und den Umweltschutz vertreten, uns weltweit zusammenschliessen und versuchen, durch eine Globalisierung der

Politik und der Werte die einseitige wirtschaftliche Globalisierung einzudämmen.

NW: Die Erklärung von Bern hat mit «Friends of the Earth» auch das Projekt «Public Eye on Davos» lanciert. Das könnte heissen, dass Ihr versucht, Licht in die Deals hinter verschlossenen Türen zu bringen. Du hast dieses Problem bereits angesprochen, als Du sagtest, dass in Davos nicht nur öffentlich debattiert, sondern auch hinter den Kulissen verhandelt, wenn nicht sogar entschieden werde.

Peter Bosshard: Zum Glück bilden Institutionen wie Regierungen, internationale Organisationen und private Firmen *keinen monolithischen Block*. Es gibt durchaus Möglichkeiten für Informationen und selbst Bündnisse mit Leuten innerhalb dieser Institutionen. Die NGOs und ihre Netzwerke haben in den letzten Jahren Erfolge erzielt, wie beispielsweise den Abbruch der Millenniumsrunde, weil es ihnen gelang, an Informationen heranzukommen, Dunkelkammern auszuleuchten, Bündnisse herzustellen und damit eine öffentliche Meinung zu mobilisieren sowie sinnvolle Gegenstrategien zu entwickeln. Das war auch unser Ziel in Davos. Gewiss, wir stehen noch am Anfang. Aber je mehr kritische Leute an einem solchen Ort zugegen sind, um so weniger attraktiv wird er für politische Deals, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

«Seattle» – ein Erfolgserlebnis

NW: Trügt der Eindruck, dass der Schock von Seattle, das Scheitern der letzten WTO-Konferenz, noch immer nachwirkt? Und welches könnte die Auswirkung dieser Nachwirkung für die Zukunft sein?

Peter Bosshard: «Seattle» war ein grosses Erfolgserlebnis für die *bunte Koalition* von sozialen Bewegungen, professionellen NGOs und südlichen Regierungen, die innerhalb und ausserhalb der Konferenzräume dazu beigetragen haben, dass diese Millenniumsrunde gescheitert ist. Die konkrete Nachwirkung liegt darin, dass auf absehbare Zeit *keine neue Liberalisie-*

rungrunde zustande kommen wird. In Davos gab es nur allgemeine Appelle, aber keine konkreten Vorschläge für die Einberufung einer weiteren Ministerkonferenz. Dazu sitzt der Schock noch zu tief. Die allgemeinere Nachwirkung liegt in der Erkenntnis, dass ein Entscheidungsmodell, bei dem sich nur die wirtschaftlichen und politischen Eliten zusammensetzen, in so wichtigen Fragen heute zum Scheitern verurteilt ist. Allerdings sind die Konsequenzen unter den tonangebenden Regierungen noch nicht mehrheitsfähig. Es ginge um neue, demokratischere, transparentere Modelle der Entscheidungsfindung bei internationalen Verhandlungen.

NW: Wie könnten diese demokratischeren Modelle aussehen?

Peter Bosshard: Wir leisten unseren Beitrag nicht so sehr in der Ausarbeitung neuer Modelle, sondern dadurch, dass wir gegenüber den uns zugänglichen Institutionen für unsere Partnerorganisationen im Süden *direktere Einflussmöglichkeiten auszuhandeln* versuchen: so gegenüber der Weltbank, gegenüber der Schweizer Regierung oder bei Anlässen wie dem WEF in Davos. Als schweizerische Organisation haben wir eine Verantwortung gegenüber Bewegungen, die von Entscheiden wie jenen der Schweizer Multis oder der Exportrisikogarantie betroffen sind.

NW: Es gibt ja auch verschiedene internationale Institutionen, die sich mit Fragen der Weltwirtschaft, der sozialen Gerechtigkeit oder der Ökologie auseinandersetzen. Es gibt die UNO mit ihren Sonderorganisationen, wie z.B. der UNCTAD, von der kaum mehr etwas zu hören ist. Es gibt die Weltbank, den Währungsfonds und die WTO. Dann gibt es die ILO, die den Mitgliedstaaten die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards empfiehlt, die dann aber in den WTO-Verträgen ebenso fehlen wie die ökologischen Standards, die am Erdgipfel in Rio 1992 verabschiedet worden sind. Es ist auf internationaler Ebene viel unkoordinierter Wildwuchs entstanden. Sollten nicht Möglichkeiten geschaffen werden,

um diese Entscheidungsmechanismen in den verschiedenen Sachbereichen zu bündeln und gleichzeitig zu demokratisieren?

Peter Bosshard: Ich bin skeptisch gegenüber Ideen, die in Richtung *Weltregierung* zielen. Hingegen sollten jene Institutionen gestärkt werden, die politische, soziale und ökologische Gesichtspunkte gegenüber den rein wirtschaftlichen Interessen vertreten. Bis jetzt sind z.B. die Konventionen der ILO oder die Empfehlungen des UNO-Umweltprogramms im Unterschied zu den WTO-Entscheiden nicht verbindlich und einklagbar. Ein erster Schritt müsste also darin bestehen, diese Institutionen des *UNO-Systems gegenüber der WTO* aufzuwerten. All diese Organisationen sind mindestens in dem Sinn zu demokratisieren, dass sie bei den Verhandlungen einen verbesserten Zugang zu den Informationen gewähren sollten. Vor allem darf es nicht mehr die *informellen Verhandlungen* geben, die dazu führen, dass beispielsweise in der WTO die südlichen Regierungen von den Vorentscheiden ausgeschlossen werden.

Der freie Fuchs im freien Hühnerhof

NW: Du hast zu Beginn unseres Gesprächs gesagt, die Globalisierung sei kein Naturprozess. Genau diese neoliberale Ideologie scheint jedoch die Köpfe gewisser Hauptakteure von Davos zu beherrschen. WTO-Direktor Mike Moor ist davon überzeugt, dass die Globalisierung «keine Ideologie, sondern ein Prozess» sei. Globalisierung wird auf diese Weise «naturalisiert», als naturgegebene Ordnung dargestellt und damit erst recht ideologisch überhöht. Auf der anderen Seite gab es unter den «Davosern» auch neue Töne. So meinte der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, es gelte «genau festzulegen, was man globalisieren soll und was nicht». Nicht weniger bemerkenswert ist das Bonmot des Direktors von Renault, Louis Schweitzer: «Die Marktwirtschaft völlig freizugeben, ist wie dem Fuchs Zugang zum Hühnerhof zu erlauben. Die Hühner können sich darüber nicht freuen. Aber es ist auch für den Fuchs nicht gut. Denn wenn er alle Hühner gefressen hat,

wird er an Hunger sterben.» Der Wirtschaftsredaktor der NZZ sieht in solchen Voten gar schon «eine verheerende Saat des Rückschritts» (2.2.00).

Peter Bosshard: Die Globalisierung besteht einerseits aus technologischen Veränderungen und andererseits aus politischen Entscheiden. Die *technologischen Prozesse* sind ebenfalls steuerbar, können aber nicht rückgängig gemacht werden. Eine Technologie, die einmal entwickelt worden ist, wie z.B. das Internet, lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Was steuerbar ist und einer demokratischen Willensbildung unterliegen muss, das sind die *politischen Entscheide* über die Globalisierung. Ob wir den Welthandel weiter liberalisieren wollen, ob wir Investitionsregime wie das MAI (Multilateral Agreement on Investment) erlassen wollen oder nicht, das ist politisch und folglich demokratisch zu entscheiden.

Die unterschiedlichen Meinungen, die Du angesprochen hast, sind interessant. Viele Leute und Firmen haben die Perspektive des «Einzelfuchses», der sich seinen Bauch möglichst voll schlagen will, während andere eher die Position des «Gesamtfuchses» vertreten möchten. Die «Einzelfüchse» setzen sich aber regelmässig gegenüber dem «Gesamtfuchs» durch. Ich würde mir jedenfalls vom guten Willen der Füchse nicht zu viel erhoffen, sondern auf die *Selbstorganisation der Hühner* setzen. Es liegt im Interesse der Bevölkerungsgruppen, die bis jetzt immer den Preis der Globalisierung bezahlt haben, dass nicht Handels- und Investitionsflüsse, sondern dass Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltnormen globalisiert werden.

NW: Könnten die ideologischen Diskurse von Davoser Spitzenleuten wie Biedenkopf und Schweitzer nicht schon eine erste Nachwirkung dieser Selbstorganisation der Hühner sein?

Peter Bosshard: «Seattle» war ein erster grosser Aufstand der Hühner gegen die Füchse. «Seattle» war denn auch das dominierende Thema vor und in Davos. Wir

haben bis jetzt zwar noch keine grundlegende Richtungsänderung als Reaktion auf «Seattle» gesehen. Aber die Hühner werden sich immer besser organisieren und zu verhindern suchen, dass die Füchse weiterhin ihre Interessen durchsetzen können.

NW: Die «Weltwoche» zitiert Dich: «Wir konnten den Eindruck widerlegen, dass es sich bei den Protestaktionen in Seattle um eine Eintagsfliege handelte.»

Peter Bosshard: Deshalb war es auch wichtig, in Davos präsent zu sein. Wo sich die globalen Eliten treffen, sollten wir ihnen auf den Fersen bleiben.

Die europäische Sozialdemokratie im Sog des Neoliberalismus

NW: Du hast gesagt, dass diese Liberalisierung des Welthandels so nicht weitergehen werde. Trotzdem ertönte von Tony Blair bis zum mexikanischen Präsidenten Ernesto Zedillo der Ruf nach einer neuen Handelsrunde. Die Wirtschaft müsse von Regulierungen befreit werden, meinte vor allem Tony Blair. Das tönt nach einer Neuauflage des Investitionsabkommens MAI. Überhaupt erschien Tony Blair in Davos wie der Wortführer des Neoliberalismus.

Peter Bosshard: Blair möchte in erster Linie eine Neuauflage der Millenniumsrunde. Aber ich teile Deine Ansicht, dass Blair, Clinton, Mike Moor und wie sie alle heissen, bislang nicht zu einer grundlegenden Richtungsänderung bereit sind. Gleichzeitig war es interessant zu sehen, dass sie sich in Davos auf allgemeine Appelle beschränkten und es keine Vorschläge gab, eine neue Verhandlungsrunde zu starten. Daran können wir mindestens erkennen, dass auch diese Entscheidungsträger wissen, dass sie in einer *Sackgasse* stecken. Sie sind noch nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen, aber sie sind auch nicht in der Lage, ihr Interesse an weiteren Liberalisierungen konkret durchzusetzen.

NW: Es ist schon bemerkenswert, was da abläuft, wenn wir die Herkunft der heutigen Wortführer des Neoliberalismus auf

globaler Ebene betrachten: Tony Blair ist zugleich Vorsitzender der Labourpartei, Mike Moor war einmal Sozialdemokrat, Bill Clinton vertritt nicht die Republikanische, sondern die Demokratische Partei der USA. Wie ist diese Abkehr von linken Grundwerten einzuschätzen?

Peter Bosshard: Es zeigt die *deplorable Lage* der Sozialdemokratie in vielen Ländern auf. Ich hoffe immerhin, dass sich die *schweizerische SP* für solche Konzepte nicht hergeben würde. Aber es gibt bei der Sozialdemokratie ein grundlegendes Defizit an umfassenden Antworten auf die Globalisierung, die über die nationale Standortpolitik hinaus gehen würden. Einer der das versucht hat, war *Oskar Lafontaine*. Er ist damit gescheitert, auch innerhalb seiner eigenen Partei. Das ist ein sehr bedenkliches Zeichen für die Sozialdemokratie.

Nicht-Regierungs-Organisationen als neuer Machtfaktor

NW: Wir kommen in unserem Gespräch immer wieder auf die notwendige Globalisierung der Politik zu sprechen. Wie können wir eine soziale und ökologische Marktwirtschaft angesichts der Globalisierung des Ökonomischen noch aufrechterhalten oder neu installieren?

Peter Bosshard: Die *Schwächen der formellen Politik*, ausgedrückt in den Defiziten auch der Sozialdemokratie, und die *Schwächen der Institutionen*, ausgedrückt in den Defiziten der UNO-Organisationen, kontrastieren mit einer starken und spannenden Dynamik bei den Nicht-Regierungs-Organisationen, die zu einem neuen Machtfaktor geworden sind. Typischerweise sind diese Netzwerke unstrukturiert und dennoch effektiv. Ich hoffe, sie werden sich in Zukunft noch wirksamer gegenüber den Regierungen und gegenüber der Wirtschaft durchsetzen. Ich setze Hoffnungen in diese Dynamik, meine aber gleichzeitig, dass die NGOs die formelle Politik nicht ersetzen können. Es braucht auch in Zukunft *stärkere linke Parteien*, eine Stärkung auch der formellen politischen Struk-

turen und ihre Demokratisierung auf der internationalen Ebene. Wir haben bereits über Einzelansätze gesprochen. Aber eine umfassende Strategie für diese Stärkung habe ich leider nicht.

NW: Gab es in Davos selbst irgendwelche weiterführenden Vorschläge zur Globalisierung der Politik, die über eine Öffnung der Märkte hinausginge?

Peter Bosshard: Wenn es diese gab, habe ich sie nicht wahrgenommen. Was ich mitgekriegt habe, war die abschliessende Frage von Klaus Schwab, dem Gründer des WEF, an *Bill Clinton*, ob er einen Wunsch an die versammelten Wirtschaftsführer habe. Da hat Clinton doch tatsächlich die Konzernchefs gebeten, eine Vision für die kommenden Jahrzehnte zu entwickeln. Das ist ein deutliches Zeichen für die *Abdankung der formellen Politik* oder zumindest derjenigen Kräfte, die heute an den politischen Machthebeln sitzen...

NW: ... indem so die Wirtschaft um Visionen gebeten wird, die eigentlich die Politik selbst entwickeln müsste. – Peter Bosshard, ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir und der Erklärung von Bern viel Erfolg auf dem Weg zur Stärkung der NGOs im Dienste des globalen, des Weltwohls.

